

Sprachpflege beim Bund

Autor(en): **Weber, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **25 (1969)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-420992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sprachpflege beim Bund

Ausschnitt aus: *Ausbau der Information aus dem Bundeshaus*

Schlußbericht, erstattet von Redaktor *Max Nef* über seine Tätigkeit als Berater des Bundesrates für Presse- und Informationsfragen in der Zeit vom 1. Januar 1966 bis 29. Februar 1968 (erschienen im Juni 1969 bei der Bundeskanzlei)

Zur Verbesserung und Erhöhung der Wirksamkeit einer gezielten Informationspolitik gehört aber nicht nur die Meisterung des Problems der quantitativen Überfülle des Stoffangebotes. Vielmehr gilt es, die *Präsentation des Informationsstoffes* auch in *qualitativer* Beziehung zu überdenken und neu zu gestalten. Die Klage aus dem Lehrkörper mittlerer und höchster Bildungsanstalten, der heranwachsenden Generation mangle ein *solides Sprachempfinden*, will nicht verstummen. Ungenügende Beherrschung der Muttersprache sei nicht nur bei den Studierenden, sondern „bei der weitaus überwiegenden Zahl der Gebildeten“ anzutreffen, stellte 1962 der damalige Rektor der ETH, Prof. Dr. W. Traupel, fest: „Die Schwerfälligkeit, Verschwommenheit, ja die Fehlerhaftigkeit der Ausdrucksweise, mahnt zum Aufsehen“. Dieser Ubelstand liege zum Teil in der geistigen Situation der Gegenwart begründet. Er sei doppelt zu bedauern, weil in der Sprache „das ganze Leben in seiner unerschöpflichen Mannigfaltigkeit seinen Ausdruck findet. Klare und prägnante sprachliche Formulierung der Gedanken stellt hohe Anforderungen an die Intelligenz und wirkt gestaltend auf das Denken zurück“.

Es ist nun keineswegs so, daß die Bundesverwaltung — und die Behörden — dem „*Amtsstil*“ nicht den Kampf angesagt hätten. Interne Anweisungen, Ratschläge, Ermahnungen finden sich in den Dossiers mancher Jahrgänge. Daß sie immer wieder wachgerufen und erneuert werden müssen, ist dem Geschäftsbericht für 1967 des Bundesrates zu entnehmen. Die durch ein Postulat im Herbst 1966 angeregte „Schaffung einer Sprachberatungsstelle“ in der Bundesverwaltung sei im Ausbau der Bundeskanzlei teilweise mitberücksichtigt worden. Weisungen oder etwa auch bloße „Winke und Ratschläge“ wurden vor allem für die jeweiligen Übersetzungsdienste ausgegeben. Selbst der Bundesrat hat (am 2. Dezember 1912) den Departementen empfohlen, „in allen deutschen Schreiben, Berichten und Erlassen überhaupt, möglichst auf *Reinheit der Sprache* zu halten und den Gebrauch von Fremd-

wörtern tunlichst zu vermeiden“. In einem entsprechenden Schriftstück des kürzlich zurückgetretenen Vizekanzlers Felix Weber wird dem „schwülstigen Kanzleideutsch mit seiner übertriebenen Vorliebe zum Hauptwort oder gar dem substantivierten Verbum“, aber auch der Freude an Schachtelsätzen und dem unpersönlichen Stil, entgegengetreten. Zitiert wird unter anderem Wilhelm Röpke, der in Amtsstuben eine „Scheu vor der schlichten Wendung und den Hang zum Pompösen“ im sprachlichen Ausdruck feststellt.

Aus einem Beitrag von Gymnasiallehrer Dr. Ernst Steiner (Bern) in der „Hauszeitschrift des Eidg. Statistischen Amtes“ (März 1968) geht hervor, daß an *Sonderkursen „Deutsch für Bundesbeamte“*, die er leitet, sechzig Bundesbeamte teilnehmen „und gewillt sind, seine reformbesessenen Sprachanweisungen im Verwaltungsdienst durchzusetzen“. Man würde wünschen, daß solche verwaltungsinternen „Sprachkurse“ alle Beamten erfassen könnten, die zur Abfassung von Berichten, Botschaften, Vernehmlassungen, aber auch von bloßen Mitteilungen, die sich an eine weitere Öffentlichkeit wenden, berufen sind. — Kein Beamter bringe den Amtsstil aus der Schule mit, sagt Dr. Steiner: er eigne sich dieses Amtsdeutsch erst an beim Aktenlesen, oder im Verkehr mit vorgesetzten Amtsstellen. Die Amtssprache erneuere sich auf diese Weise praktisch nie: „Unter diesem Erfahrungs- und Bildungsdruck gerät der Anfänger in völlige Abhängigkeit und muß sich allmählich von seinen Vorgesetzten zur neuen Berufssprache emporläutern lassen...“

Wenn dann zu einem schwerfälligen, komplizierten Amtsstil noch *schwerverständliche moderne Fachausdrücke* kommen, mit denen ein an sich schon komplizierter Sachverhalt der Öffentlichkeit bekannt- und verständlichgemacht werden soll, stellt man den Journalisten als Vermittler von Informationen aus dem Bundeshaus vor eine fast unlösbare Aufgabe. Zu den „Leidtragenden“ gehören aber auch Behörden und Verwaltung selbst, weil ihrer Absicht, den Bürger an ihrer Tätigkeit teilnehmen zu lassen, der Erfolg weitgehend versagt bleibt.

Wenn die Wörter in unserem Gebrauch nicht mehr stimmen, dann wird das Sprechen zu einer Sonderform des Stummseins; denn mit unstimmigem Sprechen erreicht keiner mehr den andern — Mitteilung ist nicht mehr möglich, und so kann keiner mehr mit dem andern etwas teilen; die Gemeinschaft zerfällt; die Sprache als Wohnung bricht zusammen; die Leere ist da. Nichts mehr „zu Nutz und Frommen“.

Werner Weber (NZZ)